

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD**Schaffung einer familienfreundlichen Ferienregelung**

Durch die von der Kultusministerkonferenz geänderte Ferienzeitregerung kommt es in einigen Jahren zu einer starken Verkürzung der Feriensaison. Es steht zu befürchten, dass die Verkürzung der Saison insbesondere für Familien mit schulpflichtigen Kindern teure Unterkünfte, überlastetes Personal, überfüllte Freizeiteinrichtungen und touristische Ausflugsziele sowie kilometerlange Staus bedeutet. Die Erholungswirkung eines Urlaubes würde somit insbesondere für Familien mit schulpflichtigen Kindern herabgesetzt. Insofern würden Familien mit schulpflichtigen Kindern gegenüber sonstigen Urlaubern, die ihren Urlaubstermin frei wählen können, erheblich benachteiligt. Daher ist eine bessere Entzerrung der Ferientermine aus sozialen Gründen wünschenswert.

War die Sommerferiensaison in den Jahren bis 2002 noch bis zu 89 Tage lang, so droht durch die neue Regelung eine Verkürzung auf bis zu 72 Tage in den Jahren 2006 und 2007. Auch die Überschneidung der Ferientermine Bremens, Niedersachsens und Nordrhein-Westfalens von bis zu fünf Wochen im Jahr 2006 führt zu einer Verdrängung von Gästen aus Bremen und den umliegenden Feriengebieten, da unmöglich in dem gewünschten Umfang Quartiere zur Verfügung gestellt werden können. Dadurch würden in den bremischen Urlaubsregionen dringend benötigte Arbeitsplätze vernichtet werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle deshalb beschließen:

1. Der Senat wird aufgefordert, sich in Abstimmung mit Niedersachsen in der Kultusministerkonferenz für eine Entzerrung der Ferientermine ab dem Jahr 2005 einzusetzen. Eckpunkte einer Sommerferienregelung sollen sein:
 - Die Bandbreite der Sommerferien über alle Länder hinweg soll wenigstens 80 Tage betragen und auf den Zeitraum von Ende Juni bis Mitte September eines Jahres ausgedehnt werden.
 - Die Ferienordnung soll sicherstellen, dass sich die touristische Nachfrage möglichst gleichmäßig auf diese Bandbreite verteilt und eine Zusammenballung im Juli/August vermieden wird.
 - Bei der Verteilung der Ferientermine soll eine gleichmäßige Auslastung der Fremdenverkehrsziele in Deutschland angestrebt werden. Insbesondere sollen mehrwöchige Überschneidungen der Ferientermine der Länder Bremen und Niedersachsen mit Hessen und Nordrhein-Westfalen vermieden werden, um eine gleichmäßigere Auslastung der Ferienregionen zu erreichen.
2. Der Senat wird weiterhin aufgefordert, eine Abfrage der Schulkonferenzen durchzuführen, um zu ermitteln, ob es einen mehrheitlichen Bedarf für die Einführung von Winterferien im Land Bremen gibt. Durch die Einführung solcher Winterferien dürfte die Gesamtdauer der Ferien pro Jahr nicht aus-

geweitet werden. Bei der Entscheidung über eine solche Ferienoption ist Übereinstimmung mit der niedersächsischen Ferienregelung zu erreichen.

Rohmeyer, Eckhoff und Fraktion der CDU

Ulrike Hövelmann, Böhrnsen und Fraktion der SPD